



Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen GmbH

Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

Autor/-in: Christina Zäpfel
Seite: 7
Ressort: Südwestecho
Ausgabe: Hauptausgabe

Mediengattung: Tageszeitung
Auflage: 23.151 (gedruckt)¹ 24.656 (verkauft)¹
 24.783 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,135 (in Mio.)²

¹ von PMG gewichtet 10/2024

² von PMG gewichtet 7/2024

Streng geheim

Ein Castor-Transport mit hochradioaktivem Müll wird noch im November in Philippsburg erwartet

Er kann jetzt jeden Tag eintreffen: Der Transport mit den vier Castoren mit hochradioaktivem Müll wird noch im November in Philippsburg erwartet. 102 Behälter stehen bereits im dortigen Zwischenlager am ehemaligen Standort des Atomkraftwerks. Zusammen mit den letzten Vieren wird der Strahlenmüll dann noch so lange dort stehen, bis Deutschland ein Endlager gebaut hat. Wohl frühestens im Jahr 2074.

Was kommt da noch auf Philippsburg zu? Warum rollen überhaupt jetzt nochmal Castoren? Die wichtigsten Fragen und Antworten zum bevorstehenden Transport.

Wann wird der Castor-Transport genau in Philippsburg erwartet?

Insider gehen davon aus, dass die vier Castor-Behälter noch im November in Philippsburg ankommen. Auf jeden Fall noch in diesem Jahr. Die genauen Daten werden aus Sicherheitsgründen geheim gehalten. Der Transport ist aufwendig und wird mit viel Polizei begleitet. Man rechnet mit Protesten. Der Transport könnte aber auch ein Ziel für Terroristen sein. Daher wird die Route streng geheim gehalten.

Warum kommt überhaupt noch Atom-müll nach Philippsburg?

Der jetzige Müll stammt aus deutschen Atomkraftwerken. Die abgebrannten Brennelemente wurden zur Wiederaufarbeitung nach La Hague in Frankreich gebracht. Dort wurde das Material verglast und in spezielle Castor-Behälter verpackt. Nun kehrt der hochradioaktive Abfall nach Deutschland zurück. Die Bundesrepublik ist völkerrechtlich verpflichtet, seinen eigenen Atom-müll zu lagern. Der allermeiste Müll, der in Philippsburg während der 40 Jahre Atom-Ära anfiel, ist „verpackt“ in 102 Behälter und hat das Werksgelände nie verlassen. Diese abgebrannten Brennstäbe befinden sich im Philippsburger

Zwischenlager. In Deutschland gibt es neben Philippsburg noch 15 weitere Zwischenlager. Meist an ehemaligen AKW-Standorten.

Ist der Transport gefährlich? Zum Beispiel, wenn man sich an der Bahnstrecke während des Transports aufhält? Vom Transport geht eine radioaktive Strahlung aus. Dennoch schließt das Transportunternehmen, die GNS, Gefahren aus. Die Strahlung werde nach außen massiv abgeschirmt, erklärt Michael Kölbl. Er ist Pressesprecher der GNS. Die sogenannten Castoren sind massive, über 100 Tonnen schwere Metallkonstruktionen. Sie hätten in Tests nachgewiesen, dass sie sowohl eine stark abschirmende Wirkung haben als auch unter extremen Bedingungen sicher sind. Kölbl erklärt: Menschen sind auch außerhalb von Atom-müll permanent natürlicher Strahlung ausgesetzt. Bei den Transporten gelten Grenzwerte von 0,1 Millisievert (mSv) pro Stunde in zwei Metern Entfernung. „Dieser Grenzwert bedeutet, dass eine Person, die sich eine Stunde in zwei Metern Entfernung vom Transport aufhält, höchstens eine zusätzliche Dosis von 0,1 Millisievert erhält“, so Kölbl.

Die 0,1 Millisievert entsprechen der Dosis, die man als Passagier während eines Flugs von Frankfurt nach New York und zurück aufgrund der kosmischen Strahlung erhält.

Gegner wehren sich gegen die Anlieferung. Warum?

Umwelt- und Anti-Atomkraft-Gruppen kritisieren den Transport als unnötig gefährlich. Sie fordern, dass der Müll in Frankreich bleibt, bis ein Endlager in Deutschland gefunden ist, anstatt ihn in Zwischenlagern zu lagern, die möglicherweise über Jahrzehnte bestehen bleiben. Am 9. November 2024 ist in Karlsruhe und Philippsburg eine Demonstration gegen den Transport geplant. Philippsburgs Bürgermeister Stefan Martus kritisiert ebenfalls den Transport. Er wehrt sich vor allem dage-

gen, dass sein Ort nun noch mindestens bis 2074 auf dem Atom-müll sitzen bleibt. „Das ist kein verantwortungsvoller Umgang“, findet Martus. Vor allem die oberirdische Lagerung der hochradioaktiven Stoffe bereitet den Philippsburgern Sorge. Moderne Waffensysteme seien beim Bau des Lagers nicht berücksichtigt worden, so Martus. Seine Stadt versucht noch mittels Eilantrag die Einlagerung zu verhindern.

Über welche Route gelangen die vier Behälter nach Philippsburg?

La Hague liegt in der Normandie, am Ärmelkanal. Die vier Castoren kommen ausschließlich per Zug, einmal quer durch Frankreich bis zur deutschen Grenze. Das sind knapp 1.000 Kilometer. Eine mögliche Route verlief über Paris, Metz und Saarbrücken. Eine andere führt über Straßburg, das Elsass oder über Kehl und das Rheintal entlang über Karlsruhe nach Philippsburg. Aber auch hier gilt laut Kölbl vom Transportunternehmen: strengste Geheimhaltung. Auch die französische Polizei sondiert, welche Route die sicherer ist. So könnte es Insidern zufolge etwa in Straßburg zu Störungen des Transports kommen.

Was passiert mit den Castoren, wenn sie in Philippsburg ankommen?

Sobald die Castoren in Philippsburg ankommen, werden sie von der Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) übernommen. Die Behälter werden geprüft, gemessen und dann in das bestehende Zwischenlager gebracht. Dort werden sie mit einem Überwachungssystem ausgestattet und voraussichtlich über viele Jahrzehnte gelagert, bis das Endlager gefunden und gebaut ist. Das zuletzt genannte Datum dafür war das Jahr 2074. Dann aber können weitere Jahre vergehen. Denn dann müssen aus allen deutschen Lagern wieder die Castoren rollen in das neue unterirdische Endlager. Das kann weitere Jahre, wenn nicht Jahrzehnte, dauern.

Abbildung: Die Route des Castor-Transports über die Gleise von La Hague in der Normandie nach Philippsburg bleibt streng geheim. Die Sicherheitsvorkehrungen sind groß, die Polizei begleitet den Transport des hochradioaktiven Mülls. Philipp Schulze/dpa

Fotograf/-in: Philipp Schulze

Wörter: 771

Urheberinformation: Alle Rechte vorbehalten - Badische Neueste Nachrichten Badendruck GmbH

© 2024 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

Industrie / Wirtschaft / Gewerbe MV

Autor/-in: Andreas Meyer**Visits (VpD):** 3,60 (in Mio.)¹**Mediengattung:** Online News**Weblink:** <https://www.ostsee-zeitung.de/mecklenburg-vorpommern/scholz-entlaesst-lindner-cdu-und-fdp-in-mv-wollen-sofortige-neuwahlen-6NM5QXL65BHYFKPYY6E64ML5OM.html>¹ von PMG gewichtet 09-2024

Erste Reaktionen aus Schwerin

Bundesregierung vor dem Aus: CDU und FDP in MV wollen sofortige Neuwahlen

Schwerin/Berlin

Die Koalition aus SPD, Grünen und FDP ist gescheitert. Bundeskanzler Olaf Scholz will mit den Grünen aber bis zum Frühjahr weiterregieren. Die Reaktion aus MV sind deutlich: Sowohl CDU als auch die Liberalen wollen sofortige Neuwahlen. Scholz müsse die Vertrauensfrage stellen.

Die Bundesregierung aus SPD, Grünen und FDP steht vor dem Aus: Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat am Mittwochabend Finanzminister Christian Lindner (FDP) entlassen. Die Liberalen werden die Ampel-Koalition verlassen. Scholz will Anfang Januar die Vertrauensfrage im Bundestag stellen. Ende März könnte dann ein neuer Bundestag, eine neue Regierung gewählt werden. Scholz will bis dahin zusammen mit den Grünen weiterregieren, mit der CDU im Bundestag zusammenarbeiten. Führende Christdemokraten auch in MV fordern jedoch bereits sofortige Neuwahlen. „Die CDU ist darauf vorbereitet und wirbt für einen echten Politikwechsel – weg von dieser linken Regierung und zurück zu stabilen Verhältnissen“, so der vorpommersche CDU-Bundestagsabgeordnete Philipp Amthor. Auch der Landeschef der Christdemokraten, Daniel Peters, will so schnell es geht die Bürger zur Wahlurne rufen: „Deutschland braucht jetzt einen Neustart.“

Scholz greift FDP-Chef scharf an

Der Koalitionsausschuss der Ampel war im Kanzleramt zusammengekommen – am Abend, nachdem Donald Trump erneut zum US-Präsident gewählt worden war. Im Vorfeld hatte es wiederholt Streit gegeben, unter anderem zu einem

Wirtschaftspapier aus der Feder Lindners.

Der Streit um den Kurs der Regierung eskalierte offenbar – und Scholz gibt der FDP die Schuld daran: Zu oft habe Lindner sein Vertrauen gebrochen, zu oft „kleinkariert parteipolitisch taktiert“. Scholz warf dem Chef der Liberalen Egoismus vor.

Der Bundeskanzler habe vorgeschlagen, die Schuldenbremse auszusetzen. Um die Wirtschaft anzukurbeln, wollte er die Netzentgelte für Strom deckeln, ein Hilfspaket für die Automobilindustrie und ihrer Zulieferer schnüren. Zudem habe Scholz vorgeschlagen, Investitionsprämien für Unternehmen ausloben und weitere Mittel für die Ukraine bereitstellen.

All das sei machbar gewesen und dies sei angesichts der Wahl Trumps wichtiger denn je. Lindner habe sich nicht bewegt. Lindner habe stattdessen harte Einschnitte in den Sozialsystemen gefordert. „Unanständig“ seien die Forderungen gewesen. Scholz: „Ein solches Verhalten kann ich unserem Land nicht länger zumuten.“

Lindner wiederum warf Scholz war, die dringenden Probleme zu unterschätzen. Er habe ihn aufgefordert, die Schuldenbremse auszusetzen und seinen Amteid zu brechen.

FDP: „Müssen uns neue Partner

suchen“

Scholz will vorerst weitermachen. Mit den Grünen – und hofft darauf, bis März mit der CDU zusammenarbeiten zu können. Noch in diesem Jahr wolle er wichtige Gesetzkolpakete gemeinsam auf den Weg bringen: steuerliche Entlastungen für Millionen Arbeitnehmer, Hilfen für die schwächelnde Wirtschaft und die Ukraine sowie die Umsetzung des EU-Asylpaktes. Der Bundeskanzler fordert CDU-Chef Friedrich Merz auf, jetzt gemeinsam Verantwortung zu übernehmen.

Auch Vize-Kanzler Robert Habeck (Grüne) sagt, SPD und Grüne wollen weiter die Zukunft gestalten – bis zu den Neuwahlen im Frühjahr. Deutschland brauche jetzt Entscheidungen, auch wenn die Regierung keine Mehrheit mehr habe.

Die FDP in Mecklenburg-Vorpommern begrüßt das Aus der Ampel: „Offenbar war eine Verständigung nicht mehr möglich. Diese Koalition war nicht mehr in der Lage, die wichtige Fragen für Deutschland gemeinsam zu beantworten. Wir müssen uns nach neuen Partnern umsehen, mit denen wir das umsetzen können“, so Landeschef René Domke.

OZ

Abbildung:

Die Koalition aus SPD, Grünen und FDP ist gescheitert. Bundeskanzler Olaf Scholz will mit den Grünen aber bis zum Frühjahr weiterregieren.

Fotograf/-in:

Quelle: picture alliance/dpa

Wörter:

517